Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

244 (18.10.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 244 | Dienstag, den 18. Oktober 1932 | 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Im Verfassungsstreit vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig fanden am Montag die Schlußberatungen der Parteien statt. Der Abschluß des Prozesses steht also bevor.

*

In Münster hielt der Führer des Zentrums, Prälat Kaas, eine politische Rede, in der er die kritische Stellung zur Reichsregierung und die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten beleuchtete.

*

Die Völkerbundsversammlung in Genf wurde am Montag geschlossen, nachdem der Franzose Avenol zum Generalsekretär des Bundes gewählt worden war.

*

Ungarn und die Tschechoslowakei haben ein Abkommen über den Warenaustauschverkehr getroffen.

*

Das rumänische Kabinett ist am Montag zurückgetreten

*

Auf der Tagung der Deutschen Zentrumspartei in Münster i. Westf. nahmen u. a. Prälat Kaas, Brüning, Joos und Hackelsberger zu den politischen Tagesfragen Stellung.

*

In einer Wahlrede in Lübeck äußerte sich Geheimrat Hugenberg über die Notwendigkeit der Kontingente.

*

Adolf Hitler sprach auf seiner Ostpreußenreise in Tilsit, Insterburg und Königsberg in überfüllten Wahlversammlungen.

*

Die deutsche Völkerbundsabordnung ist nach Berlin zurückgekehrt.

*

Das rumänische Kabinett Vajda ist zurückgetreten. Man rechnet mit der Beauftragung Manius zur Bildung einer neuen Regierung.

*

Das tschechoslowakische Kabinett ist zurückgetreten.

*

Auch in Belgien steht die Demission des Kabinetts bevor.

*

In Jugoslawien sind die kroatischen Politiker Matschek und Trumbitsch wegen separatistischer Aeußerungen verhaftet worden. Weiter wurden 100 weitere Personen festgenommen. In der Lika soll ein Aufstand ausgebrochen sein.

*

Ein Automobilunglück in der Nähe von Paris kostete zwei deutschen Journalisten das Leben, darunter Karl Mertens, der Mitarbeiter der „Weltbühne", der in Deutschland unter der Anklage des Landesverrats steht.

Grüne Front fordert Einstellung der Kontingentierungsverhandlungen

Berlin, 17. Okt. Die Grüne Front hat in einem Telegramm an den Reichskanzler die sofortige Einstellung der Kontingentierungsverhandlungen gefordert. Zur Begründung führen die Unterzeichner Brandes, Graf Kalckreuth, Hermes und Fehr u. a. aus, daß eine weitere Verzögerung der Durchführung der Kontingentierung das Vertrauen der Landwirtschaft in die Entschlossenheit der Reichsregierung, gerade der bäuerlichen Landwirtschaft zu helfen, zerstören müßten.

Milderung von Härten für Kriegsbeschädigte

Berlin, 17. Okt. Der Herr Reichspräsident empfing am Montag vormittag den Vorstand des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge und eine Abordnung des Landesverbandes Westfalen-Lippe im „Reichsverband Deutscher Kriegsopfer", die ihm die Wünsche und Sorgen der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen vortrugen, insbesondere die starken Verschlechterungen darlegten, die durch die letzten Notverordnungen in der Kriegsopferfürsorge eingetreten sind. Der Herr Reichspräsident brachte seine wärmste Teilnahme für das Los der Kriegsopfer und seinen Willen zum Ausdruck, **sobald es die finanzielle Lage des Reiches irgendwie gestattet, allmähliche Beseitigung der Kürzungen eintreten zu lassen. Der Reichsarbeitsminister konnte alsbaldige Milderung einer Reihe von Härten in Aussicht stellen, die sich bei der Durchführung der letzten Notverordnung gezeigt haben,** und mitteilen, daß hierfür ein besonderer Fonds von 5 Millionen RM. bereitgestellt sei, der für die Zeit bis zum Schluß des Etatsjahres bestimmt ist und im Benehmen mit den Vertretungen der Kriegsopfer Verwendung finden soll.

Erneute Einladung nach Genf — Erneute Ablehnung

Berlin, 17. Okt. Wie wir erfahren, ist der englische Geschäftsträger Newton in Berlin am Montag beim Reichsaußenminister gewesen, um ihm nochmals die Einladung zur Abrüstungskonferenz in Genf zu überbringen. Der Reichsaußenminister konnte aber nur die frühere Antwort wiederholen, daß Deutschland aus den bekannten Gründen Genf als Ort der Konferenz ablehnen müsse.

*

Macdonald über den Stand der Abrüstungsfrage

T.U. **London**, 17. Okt. Ministerpräsident Macdonald hielt am Montag auf einem von der nationalen Arbeiterpartei ihm zu Ehren veranstalteten Frühstück im Hotel „Trocadero" eine bedeutsame Rede, in der er auch die Abrüstungsfrage und die deutsche Gleichberechtigungsforderung zur Sprache brachte.

Zur Abrüstungsfrage führte Macdonald folgendes aus: Was Genf betrifft, so kann die englische Nationalregierung sich Europa und die Welt nicht ohne den Völkerbund vorstellen. Darüber hat niemals irgendein Zweifel bestanden. Wir stehen für den Völkerbund und wir stehen für das Völkerbundsstatut (Beifall). Wir wollen, daß die Abrüstungskonferenz etwas tut und richtig etwas festlegen wird und nicht etwas, was zu der formellen moralischen Scheidemünze der Welt gehört. Ich wünsche eine Abrüstung, die ein wirklicher Beitrag zu dem Problem, den Frieden zu bereiten, ist. Es besteht aber eine Frage, die zuerst geregelt werden muß, bevor die Abrüstung wirksam werden kann. Das ist das Problem, dem wir ins Auge sehen müssen.

Deutschland weiß sehr gut, es hat es schon seit einiger Zeit gewußt, daß England — auf dieser rein moralischen Grundlage — sich nicht dem deutschen Wunsch widersetzt, als gleichberechtigt auf der Abrüstungskonferenz betrachtet zu werden. Deutschland weiß auch, daß wir sehr besorgt sind, Deutschland und seine Nachbarn in Beziehungen größeren Vertrauens zu bringen. Dieser uninteressierte Wunsch auf unserer Seite ist und war eines der führenden Ziele der Politik der englischen Nationalregierung. Wenn er jetzt in Erfüllung geht, werden die Folgen sicherlich die Abrüstung erleichtern u. den Frieden sichern. Alles zielt auf die Notwendigkeit hin, eine allgemeine Vereinbarung über die deutsche Forderung zu sichern, nicht nur für einen Teil, u. daher müssen wir die ganze deutsche Forderung kennen. Bei der Vorbereitung des zu erzielenden Abkommens sollte Deutschland wirklich einsehen, daß es anwesend sein muß und mit uns allen in einen Meinungsaustausch treten kann, um die notwendige Auskunft zu erhalten. Wenn Deutschland abwesend ist, so heißt das, daß Deutschlands Stellung nicht verstanden werden könnte. Unser Wunsch, der ein Wunsch der englischen Nationalregierung ist, ist, daß Deutschland mit uns mitkommen soll u. daß wir alle zusammengehen wollen, damit am Ende unserer Besprechungen wir wie eine Abordnung vor die Abrüstungskonferenz hingehen und sagen können: „Ihr seid stecken geblieben. Wir zusammen machen nun diesen Beitrag zur Beseitigung der Hindernisse."

Frankreich ist mit England übereingekommen, den toten Punkt zu überwinden, da es nicht die Verantwortung übernehmen konnte, als Ergebnis der Besprechungen einen Vertrag durch die Abrüstungskonferenz zu bringen, der lediglich formell und bedeutungslos sein würde. Ich bedauere auf das Tiefste, daß Deutschland zwar seine Bereitwilligkeit zu einer solchen Konferenz gezeigt, aber sich geweigert hat, nach Genf zu gehen aus Gründen, deren Substanz für mich schwierig zu entdecken ist. Ich hoffe ernstlich, daß Deutschlands neuestes Wort nicht auch sein letztes Wort sein wird. So steht die Sache im gegenwärtigen Augenblick; aber die englische Regierung fährt fort, ihr Ziel zu verfolgen, und hofft, in nächster Zeit eine weitere Mitteilung über die Angelegenheit machen zu können.

Schlußsitzung der Völkerbundsversammlung

Genf, 17. Okt. Die Völkerbundsversamlung hielt am Montag ihre Schlußsitzung ab, in der der Bericht über das Budget und die Reform des Völkerbundssekretariats unverändert einstimmig angenommen wurden. Der Vorsitzende der Versammlung, Politis (Griechenland), sprach in seiner Schlußrede dem scheidenden Generalsekretär Sir Eric Drummond und den von ihren Posten zurücktretenden Untergeneralsekretären Doufur-Feronce (Deutschland) und Paolucci (Italien) den Dank des Völkerbundes aus. Er ging zum Schluß kurz auf den Konflikt des Fernen Ostens und die Abrüstungskonferenz ein.

*

Avenol zum Generalsekretär des Völkerbundes gewählt

Genf, 17. Okt. Der Völkerbundsrat hat in einer geheimen Sitzung den stellvertretenden Generalsekretär Avenol zum Generalsekretär des Völkerbundes als Nachfolger Sir Eric Drummonds einstimmig gewählt. Die Bestätigung der Wahl wird durch die Völkerbundsversammlung im November erfolgen.

Schweres Eisenbahnunglück in Rumänien

18 Tote.

T.U. **Budapest**, 17. Okt. Wie die „Donaupost" aus Temesvar (Rumänien) meldet, hat sich in der Umgebung der Stadt ein schweres Eisenbahnunglück ereignet, das 18 Tote und viele Verwundete forderte. Der Zug hatte um 17,40 Uhr Temesvar verlassen. Er war in der Hauptsache mit Arbeitern besetzt, die sich auf dem Heimwege von ihren Arbeitsstätten befanden. Etwa 1½ Kilometer hinter dem Bahnhof sprangen plötzlich die beiden letzten Wagen des Zuges beim Passieren einer Weiche aus den Schienen und stürzten um. Die beiden Wagen, ein Personenwagen und der Postwagen, wurden noch etwa 50 Meter weit mitgeschleift. Von den 35 Insassen wurden 17 auf der Stelle getötet, die übrigen zum größten Teil schwer verletzt. Die Leichen von drei Männern und vier Frauen sind so zugerichtet, daß ihre Erkennung bisher nicht möglich war. Von 18 Schwerverletzten starb einer bereits auf dem Transport zum Krankenhaus. Man befürchtet, daß 12 Verletzte nicht mit dem Leben davon kommen werden. Der Weichensteller wurde festgenommen; es steht jedoch bisher nicht fest, ob ihn wirklich eine Schuld trifft, da es sich um eine automatische Weiche handelt.

22 Tote beim Temesvarer Eisenbahnunglück.

T.U. **Bukarest**, 18. Okt. Nach den letzten Angaben beträgt die Zahl der Toten des Temesvarer Eisenbahnunglücks 22, die Zahl der Verletzten 18.

Rücktritt des tschechoslowakischen Kabinetts

T.U. **Prag**, 17. Okt. Nach einer Meldung des „Prager Tagblatt" nähert sich die tschechische Krise ihrer Lösung. Ministerpräsident Udrzal hat bereits erklärt, daß er auf dringendes Anraten seiner Aerzte sein Regierungsamt sofort niederlegen werde. Die „Bohemia" meldet, daß das formelle Rücktrittsgesuch des gesamten Kabinetts bereits beim Präsidenten Masaryk eingelaufen sei. Es ist sicher, daß wieder ein tschechischer Agrarier Nachfolger Udrzals werden wird. Man nennt den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Malypetr, an dessen Stelle dann Bradac Präsident des Abgeordnetenhauses werden würde. Die Ernennung der neuen Regierung soll nach einigen Meldungen bereits am Mittwoch erfolgen, so daß sie sich am Donnerstag schon dem Abgeordnetenhaus vorstellen kann.

Schlagwetterexplosion auf einer Grube im Rheinland

1 Bergmann getötet, 4 schwer verletzt.

T.U. **Hückelhoven (Rheinland), 18. Okt. In der Nacht zum Dienstag gegen 1,30 Uhr ereignete sich auf der Zeche „Sofia Jakoba" eine Schlagwetterexplosion, 1 Bergmann wurde getötet, 4 weitere wurden so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird, 5 weitere Bergleute trugen Gasvergiftungen davon.**

Der französische Diplomatenschub kommt

T.U. **Paris**, 17. Okt. In diplomatischen Kreisen wird angesichts der Pressemeldung über einen bevorstehenden größeren Diplomatenschub erklärt, daß zwar noch keine bestimmten Beschlüsse vorlägen, daß die Vermutungen der Presse aber im großen und ganzen zuträfen. Auf alle Fälle sind die Meldungen über die geplante Aenderung im französischen Außendienst an zuständiger Stelle nicht mehr abgeleugnet worden.

Wie erinnerlich ist im Rahmen dieses Diplomatenschubs die Rede davon gewesen, daß Francois Poncet nach Rom versetzt und zu seinem Nachfolger in Berlin Herbette ernannt werden soll.

Zaleski und Benesch bei Herriot

T.U. **Paris**, 17. Okt. Der französische Ministerpräsident Herriot hat am Montag im Quai d'Orsay ein Frühstück gegeben, an dem der polnische Außenminister Zaleski, der tschechische Außenminister Benesch, der australische Minister Hughes und seine Frau, der polnische und der tschechoslowakische Geschäftsträger in Paris u. der Unterstaatssekretär Pagagnon u. Generalsekretär Berthelot, sowie eine Reihe anderer höherer Beamter des Außenministeriums teilnahmen.

Benesch hatte am Montag vormittag eine längere Unterredung mit Herriot.

Auch die Mongolei gegen Mandschukuo und Japan?

T.U. **Peiping**, 17. Okt. Hier eingetroffene Meldungen besagen, daß zwischen den chinesischen Freischärlern der Provinz Hailungkiang und den Mongolen ein Bündnis für gemeinsame Bekämpfung des mandschurischen Staates und der Japaner geschlossen worden ist.

Die Hauptstämme der Mongolei haben Abgesandte nach Hailar entsandt, wo sie mit dem Führer der Freischärler, General Supingnen, beraten. Auch Abgesandte des Generals Matschantschang nehmen an diesen Beratungen teil.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Verfassungsstreit vor dem Staatsgerichtshof

Die Schlußerklärungen der Parteien

Leipzig, 17. Okt. Nach zweitägiger Unterbrechung wurde am Montag das Verfassungsstreitverfahren Preußen-Reich fortgesetzt. Gleich nach dem Verhandlungsbeginn erhielt **Ministerialdirektor Dr. Brecht für Preußen** das Wort zu seinem Schlußbericht. Dr. Brecht führte u. a. aus: Das Ergebnis der Verhandlungen läßt sich in dem einen Satz zusammenfassen, daß Artikel 48 Absatz 1 (Pflichtverletzung Preußens) nicht anwendbar war, daß dagegen Absatz 2 (Störung der öffentlichen Ordnung) anwendbar war, aber nicht so, wie er angewandt worden ist. Die Ehre Preußens muß von dem unerträglichen Vorwurf der Pflichtverletzung gegen das Reich befreit werden. Es war die deutsche Mission Preußens, das Reich zu gründen und zur Klammer von Ost nach West zu werden. Der Prozeß muß das Gute haben, daß er neuen Auftrieb zur Reichsreform gibt. Nach Aufhebung der Verordnung vom 20. Juli würde sich eine freiwillige Zusammenarbeit mit dem Reichskanzler bezw. mit dem Reichskommissar in dem erstrebten engeren Sinne sehr leicht ergeben. An der Personenfrage würde diese Zusammenarbeit auf preußischer Seite nicht scheitern.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner, der für das Reich das Wort ergriff, erklärte u. a.: Die Reichsregierung nimmt für sich und für den Herrn Reichspräsidenten in uneingeschränktem Maße in Anspruch, daß sie sich bei den Maßnahmen vom 20. Juli von dem Willen habe leiten lassen, dem Wohle des deutschen Volkes zu dienen, Schaden von ihm abzuwenden und zwar im Rahmen der verfassungsmäßigen Grenzen und mit verfassungsmäßigen Mitteln. Eine Auffassung, die den Maßnahmen vom 20. Juli rechtswidrige Motive unterstellt, muß auf das schärfste zurückgewiesen werden. Reichskanzler und Reichsregierung haben diejenigen Maßnahmen getroffen, die nach ihrem pflichtbewußten Ermessen geboten waren, um gesicherte Zustände in Preußen und Deutschland zu gewährleisten. Wie stand es am 20. Juli 1932? Eine überaus gespannte allgemeine politische Lage, blutige Zusammenstöße zwischen stark organisierten Parteien, täglich neue Todesopfer. Allein in Altona am 17. Juli 16 Tote. Bei diesen Zuständen immer wieder die lebhaftesten Versuche von sozialdemokratischer Seite, auch von seiten der freien Gewerkschaften, mit den Kommunisten eine Einheitsfront nicht nur gegen die Nationalsozialisten, sondern auch gegen die Reichsregierung zu bilden, also mit einer antinationalen, mit einer staatsfeindlichen Partei sich in Feindschaft gegen die Reichsregierung zu verbinden. Und dazu die parteigebundene Stellung der maßgebenden preußischen Minister, die infolge ihrer Abhängigkeit nicht mehr imstande waren, dem Vordringen der staatsfeindlichen Massen gegenüber eine objektive Haltung einzunehmen und ihnen entgegenzutreten. Reichspräsident und Reichsregierung mußten in dieser Lage ohne jedes Zögern die Sicherheit dafür schaffen, daß das Land Preußen seine Pflichten zur Erhaltung und zur Aufrechterhaltung geordneter staatlicher Zustände erfüllte. Mit Rücksicht auf die immer wiederholten Ausführungen der Gegenseite muß ich erneut betonen, daß die Maßnahmen der Reichsregierung vom 20. Juli **sich zunächst nur gegen den für die allgemeinen Richtlinien der Politik in Preußen maßgebenden preußischen Ministerpräsidenten und den für die Staatssicherheit im besonderen Maße verantwortlichen preußischen Innenminister gewandt haben. Der zum Reichskommissar für Preußen bestellte Herr Reichskanzler war grundsätzlich bereit, mit den anderen preußischen Staatsministern zusammenzuarbeiten. Das ist ihm von den sechs anderen Herren Ministern unmöglich gemacht worden.** Wenn jetzt nachträglich behauptet wird, diese sechs Minister seien zu einer Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar bereit gewesen, dann ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen — ich muß das aussprechen —, daß diese Behauptungen aus prozeßtaktischen Gründen hier aufgestellt wurden. (Unruhe bei der preußischen Vertretung.) Die gesamte Weiterführung der Geschäfte durch die nach der Weigerung der Mitwirkung der sechs Minister gebildete kommissarische Regierung und alle Maßnahmen dieser Regierung nunmehr unter dem Gesichtspunkt von Artikel 48 zu betrachten, ist nach unserer Auffassung nicht zulässig. **Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß die Maßnahmen, die sie getroffen hat, als vorläufig anzusehen sind,** daß sie sich bei ihrem Vorgehen allerdings sowohl auf Artikel 48 Absatz 1 wie auf Absatz 2 stützen kann. Die Reichsregierung ist **von der Gerechtigkeit ihrer Sache auch heute in vollem Maße überzeugt** und ich bitte daher im Namen der Reichsregierung den Staatsgerichtshof, nach Maßgabe der von der Reichsregierung gestellten Anträge diesen Streit zu entscheiden.

Professor Heller als Vertreter der SPD. erklärte: Wir behaupten, daß die Maßnahmen der Reichsregierung sich objektiv nicht rechtfertigen lassen aus dem Wortlaut und Sinn der Reichsverfassung. Eine ungeheuerliche Behauptung nennt er die Ansicht der Reichsvertreter, daß allein die Zugehörigkeit der preußischen Minister zur SPD. schon eine Pflichtverletzung nach Artikel 48 Absatz 1 darstelle. Keinem Sozialdemokraten sei bekannt, daß heute eine Einheitsfront mit den Kommunisten in der Presse auch nur gefordert wurde oder daß irgendwelche Schritte zu ihrer Duldung eingeleitet seien.

Professor Peters wies darauf hin, daß als einziger Vorwurf gegen die übrigen sechs Minister, insbesondere die Zentrumsminister, nur noch die Versagung der Mitarbeit übrig geblieben sei.

Hierauf überreichte Ministerialdirektor Dr. **Badt** verschiedene Unterlagen zum Beweis dafür, daß vor dem 20. Juni Beamte in ganz anderer Weise verabschiedet worden seien und dafür, daß die „Vorläufigkeit der Maßnahmen", wie sie die Reichsregierung auffasse, eine große Gefahr sei.

Damit war das objektive Verfahren abgeschlossen und die Verhandlung wandte sich den Prozeßvoraussetzungen zu.

Schlußakt in Leipzig — Urteil in einer Woche

Leipzig, 17. Okt. Die Verhandlungen im Verfassungsstreit wurden am Montagabend beendet. Präsident Bumke teilte mit, daß die Entscheidung nicht vor Dienstag nächster Woche verkündet wird. Er könne aber noch nicht sagen, ob überhaupt eine Entscheidung ergehen werde oder ob die Verhandlungen wiedereröffnet werden müßten.

Aus der Sonntagsrede des Kanzlers

Der Kanzler behandelte in Paderborn und Dortmund auch **handelspolitische Fragen.** Der Kritik an der Regelung der Einfuhr gewisser landwirtschaftlicher Produkte stellte er die Schilderung der schweren **Notlage der Landwirtschaft** gegenüber, die zu der Notwendigkeit führe, die Einfuhr gewisser Lebensmittel einer Regelung zu unterwerfen. Gerade die Einfuhrkontingentierung trifft den Verbraucher am wenigsten und schützt die nationale Produktion. Im Hinblick auf den Widerstand des Auslandes gegen die Kontingentierungspläne sprach der Kanzler die Erwartung aus, daß die augenblicklichen Schwierigkeiten bald überwunden sein werden und zwar je schneller unser Verhandlungspartner einsehen, daß wir diese Maßnahmen nicht aus Schikane ergreifen, sondern daß es sich um eine Notstandsmaßnahme zur Rettung der deutschen Landwirtschaft handelt und daß unsere Maßnahmen zwingend sind. Ausdrücklich trat der Reichskanzler den Gerüchten entgegen, daß die Kontingentierungspolitik möglicherweise die Währung gefährden könne. Eine solche Gefahr liegt nicht vor. Sie ist auch von keiner Stelle behauptet worden, die für die Währung Verantwortung trägt. Dem Vorwurf einer zwiespältigen Wirtschaftspolitik begegnete der Kanzler mit dem Hinweis, daß eine Wirtschaftspolitik geführt werden muß, die alle Wirtschaftszweige im Rahmen des Möglichen vor der völligen Zerrüttung schützt. Aufgabe einer jeden Reichsregierung muß es sein, die Grundproduktion des Landes als Basis für die seelische und materielle Wiedergeburt der Nation zu schützen. Von diesem Gesichtspunkte hat sich die Reichsregierung auch bei ihren jüngsten Maßnahmen leiten lassen, die sie dem Reichspräsidenten vorschlagen wird: bei der Reorganisation der Preußenkasse und bei der Entschuldung des Ostbiljegebietes. Die Reichsregierung hat im Einverständnis mit der preußischen Staatsregierung trotz der Bereitstellung erheblicher Mittel geglaubt, auf das Leitungsrecht über das neue Institut, die „Deutsche Zentralgenossenschaftskasse", zu verzichten und an seine Stelle eine körperliche Willensbildung durch dessen Organe setzen zu können.

Der Kanzler behandelte dann ausführlich die **Frage der Auslandsverschuldung.** Wenn es auch gelungen ist, in kurzer Zeit über 5 Milliarden RM. ausländischen Leihkapitals zurückzuzahlen, so ist ein abermaliger Abzug fremder Gelder doch gegenwärtig nicht möglich. Es muß daher erwartet werden, daß über das Bestehen des Stillhalteabkommens hinaus das Ausland die von ihm nach Deutschland geliehenen Gelder konsolidieren läßt. Der Reichskanzler wies dabei darauf hin, daß Deutschland auf der Weltwirtschaftskonferenz seinen Standpunkt dahin vertreten wird, daß der Schuldner seine Verbindlichkeiten nur durch Zahlung in Waren erfüllen kann. **Die Gläubigerländer können also nur dann mit der Abzahlung der deutschen Auslandsschulden rechnen, wenn sie bereit sind, deutsche Waren als Zahlung dieser Schulden entgegenzunehmen.** Das setzt voraus, daß sie unseren Waren ihre Grenzen öffnen. Die Rückzahlung von Schulden zu verlangen und gleichzeitig die Grenzen gegenüber Waren zu verschließen, bedeutet den völligen Verzicht auf die zwingenden Gesetze wirtschaftlicher Logik.

Uebergehend auf die **innere Politik** sagte der Kanzler: Seit der notwendig gewordenen Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Reichsreform auf dem Marsch. Der Reichskanzler widerlegte dann den Vorwurf, daß die Reichsregierung den normalen Weg und die Beständigkeit der politischen Verhältnisse verlassen habe mit dem Hinweis darauf, daß diese anormale Situation längst bestanden hat und das Produkt der **Verantwortungsscheu und Unbeständigkeit des deutschen Parteiwesens** ist. Wer fordert, zu den sogenannten normalen Verfassungszuständen zurückzukehren, der vergißt, daß wir leider solche normalen Zustände eines inneren Gleichgewichts schon lange nicht besessen haben. Der Kanzler erntete stürmische Zustimmung, als er fragte, wie lange Deutschland noch auf die Vernunft seiner Parteien warten wolle, nachdem es 13 Jahre lang vergeblich gewartet habe. Wer von uns ein Zurück fordert, der fordert das schlimmste Experiment, das heute gemacht werden könnte. Es ist vielmehr nötig, daß wir uns rasch für eine neue, bessere Form der Staatsführung entschließen. Der Kanzler zitierte in diesem Zusammenhang Ausführungen des Zentrumsabgeordneten Prälaten Dr. Schreiber, die dieser vor einem halben Jahre gemacht habe und in denen er darauf hingewiesen habe, daß der Staat auch jenseits der parlamentarischen Regierungsform in Notzeiten ein Existenzrecht in sich besitzt. Wenn das Parlament in der Aufgabe des Neubaues des Reiches versagen sollte, dann werden wir mit Dr. Schreiber und vermutlich mit der großen Mehrheit des deutschen Volkes die Ansicht vertreten, „daß der Staat auch jenseits der parlamentarischen Regierungsform Existenzrecht in sich besitzt". Aus der Verwirrung der parteipolitischen Meinungen und Phrasen muß das deutsche Volk heraus und sich auf die ständigen Ordnungen seiner Existenz besinnen. Der Kanzler schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!"

Zum Schluß gab der Reichskanzler einen kurzen **Ausblick auf die politische Lage.** Eine starke Staatsgewalt ist dazu da, daß sie die Unsicherheitsfaktoren nach Möglichkeit beseitigt, dem Volk das Gefühl gibt: Wir gehen voran; wir fassen die Unsicherheiten an der Gurgel! Aus diesem Grunde haben wir außenpolitisch den Kampf um Deutschlands Recht und Freiheit aufnehmen müssen. **Das Ziel ist nicht Aufrüstung auf den Rüstungsstand unserer Nachbarn, sondern Abrüstung Gesamteuropas und der Welt. Gleiches Recht und gleiche Sicherheit!** Unser Ziel ist ein Zustand, in dem es innerhalb Europas keine Hegemonie und kein System politischer Bündnisse gibt, sondern wo die Völker in gegenseitiger Achtung ihren Menschheitszielen nachstreben können. Der Gedanke des sacrum imperium ist nicht geboren im „Jahrhundert der Nationalitäten", ist nicht „imperialistisch" im Sinne hegemonialer Herrschaftswünsche. Er ist vielmehr der Ausdruck der großen abendländischen Völkerverbundenheit, wie ihn gerade die katholische Kirche durch Jahrhunderte ausgestalten half.

Senatswahlen in Frankreich

In Frankreich wurde am Sonntag die Ersatzwahl für das verfassungsmäßig ausscheidende Drittel der Senatoren vorgenommen. In einem ersten und zweiten Wahlgang wurden 86 von 111 Sitzen besetzt. Eine besonders bedeutsame Aenderung der Fraktionsstärken ist bisher nicht festzustellen. Wiedergewählt sind u. a. Poincare, Paul Boncour, General Hirschauer. Auffällig ist diesmal die hohe Zahl der neuen Senatoren, nämlich 35, so daß beinahe ein Drittel der alten, die sich um die Wiederwahl bemühten, geschlagen wurde. Die Linke gewinnt insgesamt 7 Sitze und erhöht damit ihre Mehrheit im Senat. Die Gewinne sind zum Teil der Mißstimmung der Landbevölkerung zuzuschreiben, die wieder einmal ihre Enttäuschung über das Ausbleiben der von Tardieu versprochenen neuen Blütezeit ausdrücken wollte. Sehr groß war die Zahl der Kammerabgeordneten, die in den Senat hinüberwechseln wollten: 16 der gegenwärtigen Kammer angehörende und bei den Kammerwahlen nicht wiedergewählte Abgeordnete. Seltsam ist, daß die neuen Senatoren nach den geltenden Gesetzesbestimmungen ihr Amt erst am 10. Januar nächsten Jahres antreten, und daß bis dahin die Durchgefallenen noch an den Senatssitzungen teilnehmen und abstimmen können.

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.)

45)

Umkehren? Nein, erst noch die paar Schritte zum See, obgleich es unwahrscheinlich war, daß Eberhard seelenruhig badete, während sie ihn sehnsüchtig in Adelholzen erwartete. Das Mädel mit dem blonden Pagenkopf lief den ganzen Badestrand bis zur letzten Landzunge ab, erregte die Bewunderung der faul in der Sonne schmorenden Herrenwelt und — fand den Gesuchten nicht.

Unverrichteter Dinge kehrte sie wieder um. Kam ihr der Weg vorher schon so weit vor, brannte die Sonne bereits vor einer Stunde so sengend hernieder? Gewiß, aber nun kam die Belastung durch getäuschte Hoffnung dazu.

Im Blockhaus an der Dampferlände machte Ursula kurze Rast, trank einen erfrischenden „Primussprudel mit Geschmack" und fragte die Burgl nach dem Verbleib des „Herrn Kerkhoff". Aber Sepps Braut konnte ihr auch keine andere Auskunft geben, als daß der „Herr Inschenier" gestern mit dem Auto fortgefahren sei und seither noch nicht wieder gesehen worden wäre. Der junge Mann, der die Boote vermietete, war zufällig bei der Abfahrt an Kerkhoffs Haus vorübergekommen, sonst hätte es selbst die Burgl nicht gewußt, die doch sonst über alle Begebenheiten in näherer und weiterer Umgebung gut unterrichtet war.

Ursula gab sich den Anschein, als sei die Sache nicht so wichtig. Ihre Enttäuschung niederkämpfend, zahlte sie und trat den Rückweg zur Bahn an.

Es war kein guter Abend, den sie verbrachte. Sie wußte nicht, was sie von der Geschichte halten sollte. Ueberhaupt kannte sie Kerkhoff viel zu wenig, um sich ein Urteil über seinen Charakter erlauben zu können. Was sie von ihm wußte, war lediglich ein Bild in großen Zügen, eine Skizze, mehr nicht.

Und Kerkhoff? Wenn er gewußt hätte, daß Ursula den Weg zu ihm fand — bestimmt hätte er die Berge noch zur selben Stunde im Stich gelassen und wäre nach Adelholzen gefahren.

So können Mißverständnisse entstehen, die sich zu gefährlichen Spannungen verdichten und die Menschen zwingen, aneinander vorbeizuleben.

XXIX.

Wohl zum erstenmal in seinem Leben kürzte Kerkhoff die geschäftlichen Verhandlungen, Vermessungen und Skizzierungen derart ab, daß sie kaum Garantie für sachgemäße Bearbeitung boten. Daran trug das ungeheure Felsmassiv des Triglav Schuld. Das war in diesem Falle nicht schlimm, da es sich um Vorarbeiten handelte, die späterhin ja doch zu längerem Verweilen nötigen würden. Außerdem nahm ihm die gewandte, kluge Toni Geislinger einen Teil seiner beruflichen Verpflichtungen ab, dadurch ebenfalls die auf drei Tage berechnete Aufenthaltsdauer auf ein Mindestmaß herabdrückend.

Die Münchnerin bereitete ihm in ihrer geräuschlosen alles überdenkenden Art viel Freude. Sie war rührend besorgt um ihren Chef und machte dadurch alles wieder gut, was sie durch Vidor fehlte.

„Zum Kuckuck, Mädel, wenn ich Sie nicht gehabt hätte, säße ich noch tagelang in diesem Nest!" lachte er sie nach Abschluß der vorbereitenden Arbeiten an.

Toni quittierte mit einem schelmischen Blick, in dem sich mehr verriet, als nur berufliche Ergebenheit. Doch das las Kerkhoff nicht heraus. Dazu war sein Denken und Hoffen noch zu sehr mit Ursula Josephy beschäftigt.

Schon am zweiten Tag ging es ins Bratatal. Und hier war selbst Toni, die diesem Abstecher mit Bangen entgegensah, überwältigt. Der riesenhafte Nordabsturz des Triglav, 1700 Meter Steilmauer, wirkte deprimierend und erhebend zugleich. Unwillkürlich mußte Toni an das Totenkirchl denken. Waren schon dort die Ausmaße der Wände erregend, so steigerten sie sich hier ins Unbegreifliche.

Stundenlang hätte das berggewohnte Mädel, ins Schauen versunken, vor diesem Recken staunend stehen können.

„Was ist doch der Mensch für eine erbärmliche Fliege gegen diese titanenhafte Natur!" rief sie bei seinem ersten Anblick aus.

Kerkhoff lächelte.

„Und doch vermag die Fliege Mensch dieses Ungetüm zu bezwingen!"

Sie kletterten durch Wald aufwärts, gelangten auf grüne Matten. Immer wieder verhielt Toni den Schritt, sah ehrfurchtsvoll zurück auf den steinernen Riesen, der unheimlich finster zu ihnen herüberdrohte. In den obersten Scharten, auf Graten und Bändern lag Neuschnee, gefallen in einer der letzten Nächte.

„Die große Schlucht, die von oben herab fast die ganze Mauer durchreißt, erweckt Grauen," gestand das Mädchen.

Und Kerkhoff: „Man denkt bei ihrem Anblick unwillkürlich an Berggeheimnisse, an Abgestürzte, die dort ihr Grab für alle Zeiten fanden."

Plötzlich war Toni dicht an seiner Seite. Ihm den Weg verstellend, legte sie beide Hände auf seine Schultern, bat mit vor Erregung dunkler Stimme: „Sie werden nicht dahinaufsteigen — — versprechen Sie mir das!"

In ihren Augen loderten Angst und Entsetzen. Derart geweitet hatte sie Kerkhoff noch nicht gesehen. Und nun mußte er wissend werden.

„Ich müßte vergehen vor Bangen, wenn ich Sie in der Wand wüßte!" gestand Toni in das entstandene Schweigen hinein.

Ihr Begleiter versuchte es mit einem Scherz.

„Unsinn, Mädel! Sie werden sich freuen, mir als erste zu dem schweren Sieg gratulieren zu können!"

Tonis Arme fielen kraftlos herab. Was war zu machen gegen soviel Bergfanatismus?

Sie versuchte es mit einem Hinweis auf Arbeit und Beruf.

„Wir müssen der Zentrale Bericht erstatten über die Vermessungen und Vorkalkulationen. Der Gemeindevorstand sagte mir, daß die Sache sehr eilig sei."

Wie eine junge Göttin, flammend in Schönheit, stand sie vor Kerkhoff. Ihre Bemühungen, ihn von dem gefährlichen Vorhaben abzubringen, verliehen ihr einen eigenen Reiz.

Und doch war jedes Wort in den Wind gesprochen! Nicht tausend Tonis hätten den Mutigen von seiner Idee abbringen können.

„Der Gemeindevorstand eben ist es, der mit mir die Nordwand machen wird! In ein paar Stunden kommt er zum Aljazhaus mit Seilen und allem nötigen nach. Er gilt als einer der befähigsten und sichersten Bergführer von Kärnten."

Tonis Sprache sank zum Flüstern herab. „Das Fräulein Josephy ist abgestürzt, Vidor ist abgestürzt, wollen nun auch Sie — —?"

Sie schlug die Hände vor das Gesicht, weinte jäh auf in ihrem Schmerz und Zorn über soviel Halsstarrigkeit. Sie bereute jetzt, auch nur ein einziges Wort an diesen Menschen verschwendet zu haben, der ein Herz von Stein in der Brust hatte. Sie sah sich gedemütigt und gepeinigt bis auf's Blut.

Kerkhoff war nun doch erschrocken über soviel Sorge um seine Person. Langsam wurden ihm die Augen geöffnet.

„Toni, beruhigen Sie sich . . ." sprach er ihr gütig zu, den Arm zärtlich und behutsam um ihre Schulter legend. „Es wird nichts passieren. Sie können sich darauf verlassen. Dafür garantiert meine Führerwahl und meine Bergerfahrung. Mehr als einmal habe ich mir in schwerstem Fels zu helfen gewußt."

Da griff das braune, sehnige Mädel zum letzten Mittel. Es war beinahe ein Akt der Verzweiflung, der sie dazu zwang, bis an die Grenze der Entpersönlichung zu gehen.

Das tränennasse Gesicht zu ihm aufhebend, bekannte sie: „Sehen Sie denn nicht, daß ich mich um Sie sorge, weil — weil ich Sie liebhabe, weil Sie mir wertvoller sind, als alle anderen Menschen?!"

Sprach's und sank in sich zusammen, den Kopf tief zur Brust neigend in Scham und Verzweiflung.

Es bedurfte dieser Szene, um die Binde von Kerkhoffs Augen zu reißen. Nun war er sehend geworden. Welche Ueberwindung dieses Geständnis Toni Geislinger gekostet hatte, ahnte er kaum, er, der Pflicht- und Tatmensch, dem die Liebe nur Episode bleiben würde.

(Fortsetzung folgt.)